Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 30 Pfg., bei lokalen Anzeigen 25 Pfg. Reklamezeile 1,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 2.60 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 25 | **Freitag, den 30. Januar 1920** | **48. Jahrgang**

Preuß. Landesversammlung.

(Sitzung vom 29. Januar.)

Zur Verhandlung steht eine förmliche Anfrage der Mehrheitsparteien über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der lebenswichtigen Betriebe. Verbunden damit werden die förmlichen Anfragen der Sozialdemokraten über die Schließung von Eisenbahnwerkstätten und der Unabhängigen Sozialdemokraten über die Wiedereröffnung geschlossener Eisenbahnwerkstätten, sowie über die Aufhebung des Belagerungszustandes.

Abg. Graef-Frankfurt (S.) begründet die Anfrage der Merheitsparteien. — Minister Heine: Wir haben die Belagerungszustände meist bald aufgehoben. Leider hat sich die äußerste Linke diesem Entgegenkommen nicht würdig und nicht reif erwiesen. (Lachen der Unabhängigen.) Die Führer sind natürlich immer am weitesten weg, wenn es zum Schießen kommt. Die Unabhängigen wollten die Regierung dieses Mal durch einen plötzlichen Schlag überrumpeln. Der Zusammenstoß am Reichstag am 13. Januar war nicht etwa aus plötzlicher Aufwallung entstanden, es handelt sich um ein ganz planmäßiges Vorgehen. Es war auf eine Ueberwältigung des Parlaments abgesehen. Auf Ansichtskarten sieht man, wie auf die Sicherheitsleute eingeschlagen wurde. Eine Reihe von Abgeordneten wurde auf dem Wege zum Hause beschimpft und bespuckt. Eine Anzahl von Polizeioffizieren wurde aus den Wagen gerissen und mißhandelt. Das sind „friedliche" Demonstranten. Ein Fuhrwerk, aus dem man den Insassen herausgezerrt hatte, wurde mit den Pferden gestohlen. Eine große Zahl der Demonstranten war bewaffnet. In der Ostenderstraße ist ein ganzes Waffenlager gefunden worden. Wir müssen die Mittel anwenden, mit denen man bewaffneter Verbrecher Herr wird. Am 13. Januar sollte die unmittelbare Aktion einsetzen. Es hat an Sekunden gehangen, daß die Massen nicht ins Parlament dringen konnten, es wäre zu einer grauenhaften Schlacht in den Korridoren gekommen, denn im Hause lagen der Sicherheit wegen 200 Soldaten. Das Blut der Opfer schreit gegen Sie zum Himmel. Das machte den Belagerungszustand nötig, aber auch der Terror in Westfalen erforderte ihn. Dort wurde in einer Reihe von Flugblättern zur Anwendung unmittelbarer Gewalt aufgefordert. Unabhängige Agitatoren reizten zum Generalstreik auf. Die Zwangsmaßnahmen sind ein Schutz für die Arbeitswilligen. Unser Freund Severing in Westfalen ist entschlossen, wenn Stillegungen vorkommen sollten, rücksichtslos von dem Standrecht Gebrauch zu machen. Die Hetze, die in einem Teile der rechtsstehenden Blätter gegen den Minister Erzberger inszeniert wurde, ging auch weit über das Maß der erlaubten Agitation.

Abg. Paul Hoffmann (U.) begründet die Anfrage betreffend die Schließung der Lokomotivwerkstätten in Köln-Nippes und anderen Orten. — Eisenbahnminister Oeser: Die Lokomotiven sind das Ach und Weh meiner Verwaltung. Wir haben im letzten Jahre 1161 neue Lokomotiven in Betrieb gestellt. Die Arbeiter in den Werkstätten haben wir von 70 000 auf 160 000 erhöht, trotzdem ist die Zahl der fertiggestellten Lokomotiven ständig gesunken. (Hört! hört!) Es ist ausgeschlossen, daß der Eisenbahnbetrieb aufrecht erhalten werden kann, wenn es so weiter geht. Erleben wir noch ein Jahr wie das letzte, so können wir uns nicht mehr aufraffen. Die Schließung der Werkstätten ist nicht ein Akt der Brutalität, sondern eine pflichtgemäße Maßnahme gegen diejenigen, die uns an den Abgrund bringen wollen. Die Delegation aus Frankfurt habe ich mit Absicht nicht empfangen. Um einen Tarifvertrag zustande zu bringen, ist von meiner Verwaltung aus alles geschehen, was möglich war. Durch eine ganz unmotivierte wilde Streikbewegung wurde der Abschluß der Verhandlungen unmöglich gemacht. Wenn mir jemand an die Gurgel greift — und die Eisenbahner haben die Hand an der Gurgel des Staates — so kann man sich nicht wundern, wenn ich die Hand energisch zurückstoße. Manche Werkstätten haben nur ein Achtel dessen geleistet, was andere, in denen noch einigermaßen gearbeitet wurde, bei gleicher Kopfzahl leisteten. (Hört! hört!) Meine ernste Mahnung, nicht zu streiken, um die Gefangenen zurückbefördern zu können, die durch Maueranschlag verbreitet wurde, wurde heruntergerissen. (Rufe: Pfui!) Nach meinem Empfinden gibt es keine größere Brutalität. Eine Arbeiterschaft, die so auf passive Resistenz eingestellt ist, kann man nicht länger entlöhnen. Deshalb erfolgte die Schließung der Werkstätten. Reichs- und Staatsregierung waren sich einig, daß in diesen Werkstätten nur noch in Akkord gearbeitet werden kann. Die Gewerkschaften haben erklärt, es sei für sie unmöglich, sich für ein Akkordsystem einzusetzen, deshalb hatten weitere Verhandlungen keinen Zweck. Ich mußte selbständig vorgehen. Ein erheblicher Teil der Arbeiter hat sich auch schon bereit erklärt, zu den neuen Bedingungen zu arbeiten. (Beifall.) Es ist nur Torheit und Verbrechen, jemanden einzubilden, daß wir nach einem verlorenen Kriege mit weniger Arbeit auskommen könnten, als vor dem Kriege. (Sehr richtig! Hoffe niemand auf das Ausland. Wir werden auf uns selbst gestellt bleiben. Es handelt es sich um keine Parteifrage, wir müssen alle gemeinsam arbeiten, um unser Volk vor dem Untergang zu bewahren (Lebhafter Beifall). — Abg. Weber (St.): Die Schließung der Werkstätten muß im Wege der Verhandlungen sobald wie möglich wieder aufgehoben werden. Natürlich erkennen wir auch die Notwendigkeit der gesteigerten Leistungen an. Nächste Sitzung Freitag.

Dernburg über die Finanz- und Steuerpolitik.

In einer vom Ortsverband Groß-Berlin des Hansabundes einberufenen Tagung sprach gestern abend Staatssekretär a. D. Dr. Dernburg über das Thema: „Finanz- und Steuerpolitik". Dr. Dernburg untersuchte zunächst, ob bei uns in Deutschland eine Grundlage für eine gesunde Finanzpolitik gegeben sei. Die Frage nach dieser Gesundheit müsse verneint werden. Unsere Wirtschaft lebe von Ausverkauf und Kredit. Privater Eigennutz und minderwertige Moral popern mit Hilfe der Entente Deutschland aus. Daß dies aber nur geschehen kann durch Korruption und Bestechlichkeit und Not beim Beamtentum, ist ein schmähliches Zeichen der Sachlage. Dernburg erläuterte eingehend die einzelnen Steuerprojekte der Regierung und bezeichnete als deren Charakteristikum die Zerschlagung aller großen Vermögen und der Abbau aller großen Einnahmen. Der Vortragende würdigte den sozialen Standpunkt, der diese Maßnahmen scheinbar erforderlich mache, aber, so fuhr er fort, solange das Kapital in unserem Wirtschaftsleben eine bisher noch unersetzte Funktion hat, bei der mißlichen Lage, in der unser Land sich befinde, sei diese Gesetzgebung ein gewagtes Experiment unbekannten Ausganges. Zu der kommenden Reichseinkommensteuer bemerkte Dernburg, daß diese unter Umständen eine sehr kuriose Ueberraschung in der Weise bringen würde, daß sie über die Schätzung von 7½ Milliarden Erträgnissen herausgehen werde. Bei fast allen auf Personalsteuern beruhenden Vorlagen ist aus sozialem Sinne des Guten zu viel getan. Aus sozialen Gründen kann man aber eine Wirtschaft tot steuern und das soll man nicht, ehe man nicht eine bessere hat. Aber gerade darin versagt die Führung der Sozialdemokratie absolut. Die Politik der Ententemänner kennzeichnete Dernburg als falsch und töricht. Es müsse daher unsere Aufgabe sein, den Friedensvertrag zu revidieren. Im Interesse der anderen Mächte liegt es, uns dabei hilfreiche Hand zu leisten, denn die ökonomische Welt ist ein Ganzes.

Aus dem Saargebiet.

(TU) Gegen die Ausplünderung des Saargebietes, die seit Wochen und Monaten besonders von der lothringischen Bevölkerung mit Hilfe des hochwertigen französischen Franken durchgeführt wird, hat die Saarbrückener Stadtverordnetenversammlung eine eindrucksvolle Kundgebung veranstaltet. Von den Vertretern aller Parteien wurde zum Ausdruck gebracht, daß es in dem ausverkauften Saargebiet nicht so weiter gehen dürfe, wenn nicht in kürzester Zeit eine Katastrophe des Hungers und der Verheerung über das Saarland hereinbrechen soll. Insbesondere wurde betont, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages den Alliierten die Pflicht auferlegen, für das Wohl der Bevölkerung einzutreten, nicht aber einer solchen Ausplünderung untätig zuzusehen. Die Hauptschuld an diesen Zuständen mißt man dem Fehlen jeglicher Staatsgewalt bei, da die Alliierten keine Anstalten machen, die im Friedensvertrage vorgesehene Verwaltung des Saargebietes, an die sich die Bevölkerung halten könne, einzusetzen.

Der französische Militärverwalter wendet sich in einer Bekanntmachung gegen die angeblich planmäßige Hetze gegen Verwaltung und Militärbehörde, denen Willkürakte und Grausamkeiten gegenüber der Bevölkerung nachgesagt werden. Der Militärverwalter behauptet, daß an diesen Anschuldigungen kein wahres Wort sei. — (Der Gewalthaber kann leicht behaupten.)

Man kommt zur Einsicht?

(W) Laut Nieuwen Courant schreibt der Londoner Berichterstatter der Westminster Gazette, die Politik Lloyd Georges habe nicht nur mit Bezug auf Rußland eine Aenderung erfahren, der erste Minister kehrte aus Paris mit einer neuen Ansicht über mitteleuropäische Angelegenheiten zurück und sehe vollkommen ein, daß in der Praxis die Strafbestimmungen des Friedensvertrages nicht durchführbar seien. Lloyd George sei jetzt überzeugt, daß Mitteleuropa dem Handel geöffnet werden müsse und er wisse, daß dies allein durch die Wiederherstellung des deutschen Kredites möglich sei. Der tiefe Stand der deutschen Mark schließe gewöhnliche Handelstransaktionen vollkommen aus. Lloyd George sehe ein, daß Deutschland nicht an die Arbeit gehen könne, bevor der Kurs der Mark nicht anders sei. Der erste Schritt zur Wiederherstellung Deutschlands werde vielleicht eine große Anleihe an Deutschland sein. Deutschland verfüge über große Mengen von Rohstoffen und Fabrikartikeln, die das übrige Europa sehr nötig habe. Man könne das alles erhalten, wenn erreicht werde, daß der deutsche Kurs nicht so lächerlich tief stehe, wie augenblicklich. Dies werde vielleicht zu einer Abänderung der Wiedergutmachungsbestimmungen führen. Unter anderen Bedingungen werde das deutsche Kapital nicht an die Arbeit gehen können. Der Berichterstatter erklärt, daß Lloyd George dazu bereit sei, wenn er es auch nicht öffentlich erklären werde.

Tagesereignisse.

— **(Eine öffentliche Sitzung des Reichsrats.)** In der öffentlichen Reichsratssitzung, die gestern unter dem Vorsitz des Ministers Dr. David stattfand, nahm vor Eintritt in die Tagesordnung Unterstaatssekretär Göhre das Wort zu folgenden Ausführungen: Die Nachricht von dem ruchlosen Attentat auf den Reichsfinanzminister Erzberger, der in der Versammlung so oft den Vorsitz geführt hat, hat die sämtlichen Mitglieder des Reichsrats auf das lebhafteste erregt. Mit Entsetzen sehen wir, wohin ruchlose Hetze in diesen trüben Tagen hemmungslose Geister treibt. — Von den Beschlüssen des Reichsrats ist mitzuteilen, daß entsprechend dem Beschluß des Ausschusses eine Erhöhung des Kontingentfußes der kleinen Zigarettenherstellungsbetriebe angenommen wurde, derart, daß die Landesfinanzminister ermächtigt werden, mit Wirkung vom 1. Januar 1920 ab auf Antrag von kleinen Zigarettenherstellern, die nicht Kleinhandel betreiben, das Kontingent auf 500 000 Stück zu erhöhen, für handeltreibende Betriebe auf 300 000.

— **(Für die Aufhebung der Zwangswirtschaft.)** Auf Grund eines vom Unterstaatssekretär a. D. v. Braun und Oekonomierat Kaiser erstatteten Berichts faßte der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft folgenden Beschluß: Angesichts des ungeheuren Ernstes der gesamten Ernährungslage erklärt der Reichsausschuß, daß eine weitere Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Zwangswirtschaft nur zum Zusammenbruch der Landwirtschaft und der Volksernährung führen kann. Der Reichsausschuß sieht unter diesen Umständen den besten zurzeit gangbaren Weg zur Sicherstellung der Volksernährung und zur Erhaltung der Lebensfähigkeit der Landwirtschaft in der sofortigen Anbahnung unmittelbarer Lieferungsverträge. Er erklärt sich mit der Fortsetzung der zu diesem Zwecke bereits eingeleiteten Verhandlungen einverstanden.

— **(Erzberger bald wiederhergestellt.)** Prof. Dr. Plesch erklärte gestern nachmittag nach seinem Besuch beim Reichsfinanzminister Erzberger, der Krankheitszustand sei als absolut normal zu bezeichnen. Temperatur 36,4, Puls 88. Die Körperfunktionen sind tadellos. Die Kräfte haben sich gehoben. Es besteht die Hoffnung, daß Minister Erzberger seine Tätigkeit bald wieder aufnehmen kann.

— **(Was die Polen uns bieten können.)** Nach in Berlin eingetroffenen Meldungen haben die Polen widerrechtlich unsere telegraphischen und telephonischen Verbindungen und auch Eisenbahnlinien unterbrochen. Gegen dieses vertrags- und völkerrechtswidrige Verhalten wird nach Prüfung des vorliegenden Materials schärfster Protest bei der polnischen Regierung erhoben werden.

— **(Von einem schwarzen französischen Kolonialsoldaten erschossen.)** Ein erst vor einigen Tagen aus englischer Gefangenschaft zurückgekehrter Beamter in Jülich saß mit seinen Verwandten auf einer Bank der Promenade, als ein schwarzer französischer Kolonialsoldat auf ihn zutrat und ihm ohne weiteres eine Kugel durch den Kopf jagte. Auf die Nachricht hiervon legten die Arbeiter und Angestellten der staatlichen und privaten Werke die Arbeit nieder, und zogen unter zahlreicher Beteiligung der Bevölkerung vor die französische Kommandantur. Der französische General sagte Bestrafung des Täters zu. Der erschossene Beamte soll auf Beschluß einer außerordentlichen Stadtverordnetensitzung auf städtische Kosten beerdigt werden. Am Tage der Beerdigung werden sämtliche Behörden laut Deutscher Allgemeiner Zeitung geschlossen werden.

— **(Die Neutralen wollen nicht ausliefern.)** Wie die Preßinformation erfährt, soll in den während des Krieges neutral gebliebenen Staaten ein Uebereinkommen darüber bestehen, ein Auslieferungsbegehren der Alliierten gegenüber Deutschen, die sich auf das Hoheitsgebiet eines neutralen Staates begeben haben, unter Berufung auf das international anerkannte Asylrecht zu verweigern.

— **(Attentat in Aegypten.)** Aus Kairo wird gemeldet: Auf den Minister der öffentlichen Arbeiten, Sirry Pascha, wurde ein Bombenattentat verübt. Der Minister wurde nicht verletzt, dagegen wurde sein Automobil zertrümmert. Der Attentäter konnte nich verhaftet werden.

— **(Vereitelter Putsch gegen das Abgeordnetenhaus.)** Gestern mittag liefen bei der Militärbehörde und beim Polizeipräsidium Meldungen ein, daß im Laufe des Nachmittags von ausgesperrten Eisenbahnarbeitern und Kriegsbeschädigten der Versuch gemacht werden sollte, mit Gewalt in das Abgeordnetenhaus einzudringen und die Sitzung zu sprengen. Daraufhin wurden sofort die erforderlichen Abwehrmaßregeln eingeleitet. An der Ecke der Wilhelm- und Prinz-Albrecht-Straße wurden Drahtverhaue errichtet. Der Eingang von der Königgrätzerstraße wurde mit etwa 40 Soldaten besetzt. Eine scharfe Kontrolle setzte ein, und Fußgängern wurde der Zutritt zur Prinz-Albrecht-Straße untersagt, selbst wenn Legitimationskarten vorgewiesen werden konnten. Bisher ist es jedoch zu keinen Zusammenstößen gekommen.

— **(Die Stillegung der Schichauwerke.)** Aus Elbing hat sich ein Kommissariat, bestehend aus Oberbürgermeister Werken, zwei Betriebsräten und zwei Gewerkschaftsbeauftragten, nach Berlin begeben, um die Vermittlung des Ministeriums zu erbitten wegen der Stillegung der Schichauwerft, wodurch 6000 Arbeiter brotlos werden. Die Ruhe ist in Elbing bisher nicht gestört.

— **(Lebensmittelsperre gegen die Streiker.)** Als erste Maßnahme gegen die im Lugauer-Oelnitzer Kohlenrevier Streikenden hat die sächsische Regierung laut „Deutscher Allg. Ztg." mit sofortiger Wirkung die Sperrung der Lebensmittelzulagen angeordnet. Außerdem stehen Truppen bereit, um gegen Ruhestörungen und Terror sofort einzuschreiten.

— **Bei den Eisenbahnwerkstätten** in Königsberg haben sich bisher bei einer Gesamtbelegschaft von 3600 Mann 500 Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit unter den neuen Bedingungen gemeldet. In Sebaldsbrück bei Bremen meldeten sich von 2300 Arbeitern 350, in Stargardt von 2300 400, in Darmstadt von 1800 128 und in Salbke bei Magdeburg 450. Man erwartet noch weitere zahlreiche Meldungen.

— **(Streik auf den Hamburger Fischerdampfern.)** Eine Fischdampferreederei hatte einen Kapitän entlassen, weil er mit seinem Schiff 70 000 Mark Unterbilanz gemacht hatte. Daraufhin haben die Kapitäne und Steuerleute der Fischdampfer von Hamburg und Altona nicht nur die Arbeit niedergelegt, um die Wiedereinstellung des Entlassenen zu erzwingen, sondern auch weitere Forderungen gestellt. Z. B. verlangen sie die Schaffung eines Angestelltenausschusses, der bei Einstellungen und Entlassungen mit entscheiden soll. Die Hamburger und Altonaer Fischdampferflotte liegt nun fast ausnahmslos still, gerade zu einer Zeit, in der die Heringsschwärme in der Elbemündung eintreffen und Gelegenheit gegeben wäre, die Nahrungsmittelnot durch reiche Fischfänge zu mildern.

— **In einen Militärtransportzug gefahren.** In der Nähe von Czersz fuhr vorige Nacht der D-Zug 4 auf einen Militärtransportzug auf. Nach den bisherigen Feststellungen wurden 9 Personen getötet und 17 verwundet. Der größte Teil der Verwundeten sind Soldaten. Die Verletzten wurden nach Schneidemühl übergeführt. — Zu dem Eisenbahnunglück wird noch gemeldet, daß die Lokomotive, der Postwagen und ein Personenwagen des D-Zuges sowie drei Wagen des Militärzuges schwer, mehrere Güterwagen leichter beschädigt sind. Der Betrieb wird eingleisig aufrechterhalten. Es handelt sich hier um denselben D-Zug, dessen Vorzug kürzlich bei Schneidemühl verunglückte.

Kleine Nachrichten.

Dem Reuterschen Büro zufolge meldet „Globe", daß Admiral v. Reuter in Freiheit gesetzt worden und nach Deutschland abgereist ist.

Präsident Wilson wird sich zur Wiederherstellung seiner Gesundheit zu längerem Aufenthalt nach Kalifornien begeben und wahrscheinlich eine zeitlang in San Diego wohnen.

Nach einer Meldung der „New York Sun" aus Paris haben die Alliierten beschlossen, die Türkei in Europa zu belassen. Dieser Beschluß ist wahrscheinlich die Folge der außerordentlich starken mohammedanischen Agitation in ganz Asien.

Nachdem gestern früh ein auf dem Seewege über Cuxhaven geleiteter Transport unserer Heimkehrer eingetroffen war, langten gestern abend die ersten Transporte, die auf dem direkten Landwege aus Frankreich kamen, auf dem Potsdamer Bahnhof an. Den Heimkehrenden wurde ein herzlicher Empfang durch die „Kriegerheimkehr" bereitet.

Der Chef der Admiralität, v. Trotha, ist zur Begrüßung der Internierten der in Skapa Flow versenkten deutschen Flotte in Wilhelmshaven eingetroffen.

Clemenceau wird am 3. Februar an Bord des Dampfers „Lotus" seine Reise nach Aegypten antreten.

Nach einer Havasmeldung aus Brindisi erfolgte der Untergang des früheren österreichischen, jetzt französischen geschützten Kreuzers „Nogarra" im Hafen von Brindisi infolge eines Konstruktionsfehlers. Opfer sind nicht zu beklagen.

Die Zahl der Ententetruppen in Danzig — es waren bisher zwei englische und ein französisches Bataillon vorgesehen — ist um ein englisches Bataillon vermindert worden.

Nach Lloyds Register betrug die Weltproduktion an Schiffen im Jahre 1919 7 Millionen Tonnen, was gegenüber dem Jahre 1913 eine Vermehrung von 4 Millionen darstellt. England baute 1 600 000, Amerika 4 Millionen.

Westfalen und Rheinland.

** **Kamen. (Knappschaftliches.)** Die Auszahlungstermine der Krankengelder, Alters-, Invaliden-, Berginvaliden-, Witwen- und Kinder-Rente für den Monat Februar 1920 sind:

Zahlbezirk	Zahllokal	Zahltag Februar	Beginn der Auszahlung für Witwen und Waisen		für Berginvaliden, Reichs- und Zusatzrentner	
Bergkamen .	Schürmann	6	2	Uhr	2 1/2	Uhr
Heeren . .	Maaß	6	2	„	2 1/2	„
Kamen . .	Ww. Goertz	3	2 1/2	„	3	„
Kaiserau . .	Ketter	5	2	„	2 1/2	„
Kurl . . .	Lünenburger	4	2	„	2 1/2	„
Lünern . .	Stolterfuß	4	3	„	3 1/4	„
Massen . .	Cromberg	2	2 1/2	„	3	„
Methler . .	Budde	5	2	„	2 1/2	„
Unna I . .	Wittler	7	3	„	3 1/2	„
Unna II	Nowack	7	2 1/2	„	3	„
Unna-Königsborn	Rehfuß	2	2	„	2 1/2	„
Werne . . Bez. Münst.	Wwe. Tecklenborg	3	2 1/2	„	3	„
Brackel .	Meierling	10	3	„	3 1/2	„

Kamen, 30. Jan. **(Verschiedenes.)** Die in der sozialen Gesetzgebung den Betriebsunternehmern auferlegte Pflicht, zum Schutze der Arbeiter vor Betriebsunfällen die nötige Sorgfalt zu beobachten und entsprechende Vorkehrungen zu treffen, besteht nicht nur gegenüber den unselbständigen Lohnarbeitern, sondern auch gegenüber den von dem Unternehmer gegen Akkordlohn beschäftigten, sich einer gewissen Selbständigkeit erfreuenden Arbeitern. Das hat das Reichsgericht jetzt in einem Regreßstreit einer Berufsgenossenschaft gegen einen Betriebsunternehmer anerkannt.

*

Severing an die Bergarbeiter.

Die „Rhein.-Westf. Ztg." teilt mit: Regierungskommissar Severing richtet einen Aufruf an die Bergarbeiter des Ruhrbezirks, in dem er zunächst einen Ueberblick über die durch Kohlenmangel hervorgerufene Notlage im Reiche gibt. Anschließend an den Entschluß der Generalschaften, daß von einer Verkürzung der Schichtzeit vor einer internationalen Regelung der Frage keine Rede sein könne, betont der Regierungskommissar, daß die Regierung mit unnachsichtlicher Strenge gegen alle vorgehen werde, die trotz der Notlage des Volkes die Kohlenförderung zu unterbinden drohen. Er warnt die Bergarbeiter vor jedem Versuch, die Einführung der Sechsstundenschicht zu erzwingen. Ein Streik sei von vornherein aussichtslos, da mit Teilnehmern eines wilden Streiks nicht verhandelt würde und den alten Bergarbeitern erworbene Rechte, z. B. Gewährung von Ferien verloren gingen. Passive Resistenz werde mit Aussperrung beantwortet. Eine erzwungene Ausfahrt nach sechsstündiger Schicht, die sogenannte direkte Aktion habe für die Anführer sofortige Verhaftung und schwere Strafe zur Folge. Eine Anfahrt werde nur wieder für den zugelassen, der sich für Leistung der siebenstündigen Schicht bereit erklärt. Die Regierung schütze die Urheber wilder Streikbewegungen vor Maßregelungen nicht mehr, im Gegenteil, sie behalte sich schärfste Maßnahmen gegen die Störenfriede vor.

*

Der Hauptausschuß des **Deutschen Städtetages** beschäftigte sich gestern mit der Ernährungsfrage und richtete in einer Entschließung das dringende Gesuch an die Regierung, die Ernährung der städtischen Bevölkerung zu sichern und einen umfassenden Wirtschaftsplan aufzustellen.

(Von der Abwälzbarkeit der Umsatzsteuer.) Nach § 12 des Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 ist der Steuerpflichtige nicht berechtigt, bei Lieferungen und sonstigen Leistungen aus Verträgen, die nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes — also 1920 — abgeschlossen sind, die Steuer dem Leistungsberechtigten neben dem Entgelt ganz oder teilweise gesondert in Rechnung zu stellen, es sei denn, daß als Entgelt für eine Leistung — wie z. B. bei Rechtsanwälten und Notaren — gesetzlich bemessene Gebühren angesetzt werden. — Dieses Verbot der offenen Abwälzung der Steuer betrifft auch die Anzeigensteuer. Es ist daher verboten — und der Zuwiderhandelnde macht sich strafbar — die Angaben in den Zeitungen oder Zeitschriften über die Höhe der Einrückungsgebühren in einen Grundpreis und einen Steuerzuschlag zu zerlegen. Wie bei allen sonstigen umsatzsteuerpflichtigen wirtschaftlichen Vorgängen muß auch im Anzeigenwesen der Zeitungen und Zeitschriften die Steuer in den Anzeigenpreis eingerechnet sein. Eine Ausnahme besteht nur nach § 46 Absatz 5 des Gesetzes für Lieferungen und sonstige Leistungen, für die feste Preisvereinbarungen schon vor dem 1. Januar 1920 erfolgt waren.

(Das Kinderprivileg bei der zukünftigen Einkommensteuer.) Nach dem im November v. J. der Deutschen Nationalversammlung zugegangenen Entwurfe eines Reichseinkommensteuergesetzes ist steuerpflichtig nur der den Betrag von 1000 Mk. übersteigende Teil des steuerbaren Einkommens. Ein Kinderprivileg ist hierbei in der Weise vorgesehen, daß dem steuerfreien Einkommensteil neben einer Erhöhung um 500 Mk. für die Ehefrau für jedes Kind, dessen Einkommen dem des Steuerpflichtigen hinzuzurechnen ist oder wäre, 300 Mk. zugeschlagen werden dürfen. Ist also beispielsweise der Unverheiratete bei einem steuerbaren Einkommen von 10 000 Mk. mit 9000 Mk. steuerpflichtig, so erstreckt sich die Steuerpflicht eines Ehepaares mit gleichem Einkommen auf 10 000 Mk. weniger 1500 = 8500 Mk., die eines Ehepaares mit einem Kinde auf 10 000 Mk. weniger 1800 Mk. = 8200 Mk. und so fort für jedes Kind 300 Mk. weniger. Da für die ersten angefangenen oder vollen 1000 Mk. des steuerpflichtigen Einkommens die Steuer 10 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 1000 Mk. 11 v. H., für die weiteren 1000 Mk. 12 v. H. und für die folgenden 1000 Mk. 13 v. H. usw. betragen soll, zahlt also der ledige Steuerpflichtige mit 10 000 Mk. Einkommen 1260 Mk., das kinderlose Ehepaar 1170, ein Steuerpflichtiger mit Frau und zwei Kindern 1063 Mk., mit vier Kindern 931, sechs Kindern 862 Mk. Dies bedeutet, daß ein Ehepaar mit vier Kindern in dieser Einkommensklasse nur 76,27 v. H., ein solches mit sechs Kindern nur 68,41 v. H. der vollen Steuer zahlt. Bei kleineren Einkommen ist die Vergünstigung wesentlich größer, so daß z. B. bei einem Einkommen von 5000 Mark die entsprechenden Zahlen 53,48 v. H. (bei vier Kindern) und 38,43 v. H. (bei sechs Kindern) lauten.

(Namensänderungen durch das Justizministerium.) Das Staatsministerium hat beschlossen, die Zuständigkeit für die Genehmigung von Namensänderungen dem Justizministerium zu übertragen. Der bisher zuständige Minister des Innern hat demgemäß die Regierungspräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten angewiesen, die vorhandenen und künftig noch eingehenden Namensänderungsanträge nebst den etwa bereits vorhandenen Vorgängen an das zuständige Amtsgericht abzugeben, bei dem nunmehr die Anträge zu stellen sind.

(Heerespferde für die Landwirtschaft.) Durch die Nachricht, daß die freiwerdenden Heerespferde in erster Linie solchen landwirtschaftlichen Betrieben zur Verfügung gestellt werden sollen, welche Pferde für die gemäß dem Friedensvertrage an die Entente abzugebenden Bestände geliefert haben, sind in Kreisen der Landwirtschaft Hoffnungen entstanden, die sich kaum verwirklichen lassen werden. Die Anzahl der freiwerdenden Heerespferde ist verhältnismäßig sehr gering, während der Bedarf der Landwirte ein recht beträchtlicher ist. Aus diesem Mißverhältnis geht hervor, daß trotz des besten Willens der Regierung nur ein sehr geringer Teil der aus landwirtschaftlichen Kreisen an sie gestellten Anforderungen befriedigt werden kann.

(Förderung der Schweinezucht.) Das Reichswirtschaftsministerium hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Reichsgetreidestelle aus ihren Beständen Gerste an Schweinezüchter liefert. Voraussetzung ist dabei, daß die betreffenden Züchter in ihrer eigenen Wirtschaft keine Gerste erzeugen. Die Lieferung erfolgt gegen Bezahlung in Höhe von je 2 Zentnern Gerste für den Wurf und die Zuchtsau. Zurzeit läßt die Reichsgetreidestelle feststellen, welche Gerstenmengen hierfür benötigt werden.

(Seuchenpolizeiliche Maßnahmen bei Vieheinfuhr.) Der Reichswirtschaftsminister hat eine Verordnung über seuchenpolizeiliche Maßnahmen bei der Einfuhr von Vieh aus Amerika erlassen. Gemäß dieser Verordnung kommt für Vieh, das zum Zwecke der alsbaldigen Abschlachtung auf dem Seewege aus Amerika eingeführt wird, die vierwöchige Quarantäne in einer Quarantäneanstalt in Wegfall. Es muß aber bei der Ankunft sofort amtstierärztlich untersucht und bis zu seiner Abschlachtung in einer Quarantäneanstalt unter amtstierärztlicher Ueberwachung untergebracht werden. Die Abschlachtung darf nur in besonders zugelassenen Schlachthöfen erfolgen. Die Häute der Rinder sind, sofern sie nicht unmittelbar an eine Gerberei abgeführt werden, zweckentsprechend zu desinfizieren.

(Neue Höchstpreise für Seife und Seifenpulver.) Die jetzt gültigen Höchstpreise für Seife und Seifenpulver sind mit einer Bekanntmachung vom 21. Juni 1917 festgesetzt und seitdem im wesentlichen unverändert geblieben. In Anbetracht der jetzigen Herstellungskosten mußte nunmehr vom Reichswirtschaftsministerium eine Erhöhung angeordnet werden. Zugleich mit dieser Preiserhöhung sind zum Schutze der Verbraucher Strafbestimmungen erlassen worden. Sie richten sich gegen Personen, welche die auf der Seife und den Seifenpulververpackungen ausgezeichneten, vom Ueberwachungsausschuß der Seifenindustrie festgesetzten Preise ändern oder unkenntlich machen.

(Nachnahmen bei Sendungen aus dem Ausland.) Gemäß dem Gesetz gegen die Kapitalflucht vom 8. September 1919 (R.-G.-Bl. 1919 S. 1540) werden Sendungen aus dem Auslande mit Nachnahmen des Absenders von den deutschen Bahnen nicht übernommen; zugelassen sind jedoch a) Nachnahmebeträge und Barvorschüsse unter 10 Mk. oder unter 12,50 Franken; b) bahnseitige Vorfrachten; c) Barauslagen der Eisenbahn (z. B. Zölle).

*

Die Beschlagnahme übergroßer Wohnungen.

Zu dieser Frage übersandte uns das Landratsamt eine Notiz, die wir in der letzten Donnerstag-Nummer veröffentlichten. Von juristischen Seiten werden diese Ausführungen als sehr bedenklich bezeichnet, da man es mit einer Enteignung nicht nur dann zu tun habe, wenn ein Gegenstand wegenommen, sondern auch, wenn der Eigentümer in dem Gebrauch durch öffentlich-rechtliche Verfügung irgendwie beschränkt werde. Die Unterscheidung zwischen privatrechtlicher Enteignung und einem öffentlich-rechtlichen Akte, durch den dem Wohnungsinhaber eine öffentliche Last auferlegt wird, scheine nicht haltbar. Artikel 153 der Reichsverfassung sage zwar, daß eine Enteignung gegen angemessene Entschädigung erfolge, soweit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimme. Daraus folge aber nicht, daß eine Entschädigung nicht gezahlt zu werden brauche, wenn das betreffende Gesetz über sie schweige, sondern daß das betreffende Gesetz eine Entschädigung ausdrücklich ausschließen müsse, wenn die Enteignung nicht dem Artikel 153 der Reichsverfassung widersprechen solle. — Außer dem Landgericht in Bremen hat neuerdings auch das Landgericht in Kassel Gelegenheit gehabt, zu der Frage der Rechtsgültigkeit der Wohnungsbeschlagnahme Stellung zu nehmen. Es hat laut „Frankfurter Nachrichten" die die Beschlagnahme verfügende Verordnung des Wohnungsamtes der Stadt Kassel für rechtsunwirksam erklärt mit der Begründung, daß die Verordnung dem Artikel 153 der Reichsverfassung widerspreche. Zunächst werde keine angemessene Entschädigung gegeben; denn der Mietzins, den der zwangsweise einquartierte Mieter zahle, sei keine volle Entschädigung für die Enteignung. Sodann sei der Rechtsweg bei den ordentlichen Gerichten ausdrücklich ausgeschlossen: es entscheide also in Streitfällen ausschließlich das Mieteinigungsamt. Dieses stelle aber, wenn es auch eine unparteiische Behörde sei, jedenfalls kein ordentliches Gericht dar. Eine Befugnis des Magistrats zur Zwangseinmietung sei demnach, da sie der Reichsverfassung widerspreche, nicht begründet.

*

(Mansfeldische Bergarbeiter.) Die noch immer ungenügenden Leistungen unserer Kohlenbergwerke sind zum größten Teil darauf zurückzuführen, daß aus Mangel an ausreichenden Wohngelegenheiten in den Kohlenrevieren Bergarbeiter in größeren Mengen dort nicht angesiedelt werden konnten. Sobald einmal genügend Arbeiterwohnungen vorhanden sind, besteht die Aussicht, eine erhebliche Anzahl Arbeitsloser im Bergbau unterzubringen und zu beschäftigen. Vielfach hegt man aber die Befürchtung, daß wieder, wie vor dem Kriege, Ausländer in den Kohlenbezirken sich niederlassen. Die Arbeitsgemeinschaft für den Bergbau hat sich daher kürzlich gegen die Hereinholung ausländischer Kohlenarbeiter in das rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier entschieden ausgesprochen. Auch für die Kalk- und Dolomitwerke in Mitteldeutschland wird die Zuwanderung ausländischer Steinbrucharbeiter als durchaus unerwünscht bezeichnet.

Stockum, 29. Jan. **Durch elektrischen Strom** wurden dem Landwirt Rudolf Schulze-Renninghausen von hier drei wertvolle Milchkühe getötet. Der durch den Stall führende Leitungsdraht hatte sich gelöst und ist auf die Tiere gefallen.

Wellinghofen b. Dortmund, 29. Jan. **(Diebstähle.)** Dem Kastellan Sch. hier wurden Tischdecken, Vorhänge und Kleidungsstücke aller Art im Werte von 800 Mk. gestohlen. — Beim Bergmann H. zu Lücklemberg wurden Kleidungs- und Wäschestücke im Werte von 1500 Mk. gestohlen.

W **Herne**, 30. Jan. **(Der Sohn als Mörder.)** Einer Meldung der „Herner Zeitung" zufolge ist der Mord an dem Güterbodenwärter Ewert aufgeklärt. Bei einem Familienzwist hat der Sohn Paul mit einem Dolchmesser seinen Vater erstochen. Der Mörder, der ein Geständnis abgelegt hat, wurde verhaftet.

(h) **Herne**, 28. Jan. **(Nach schwerem Kampf verhaftet.)** Der weit über Hernes Mauern hinaus bekannte, berüchtigte und auch viel gesuchte Ein- und Ausbrecher Fritz Breuer, der früher in der Langenstraße in Herne wohnte, ist, wie die „Herner Zeitung" meldet, Montag in Recklinghausen nach schwerem Kampf verhaftet worden. Breuer hat eine ganze Reihe schwerer Einbrüche in Herne, Recklinghausen, Münster usw. auf dem Kerbholze. Als der Polizei am Sonntag abend gegen 11 Uhr mitgeteilt wurde, der bekannte Einbrecher und Räuber Fritz Breuer halte sich vermutlich in der Wohnung des Bergmanns Jakob Weber, Grüner Weg 21, auf, begaben sich Polizeiwachtmeister Grese und Polizeiwachtmeister Süßnicht dorthin. Sofort beim Betreten der Wohnung wurden die Beamten von dem tatsächlich anwesenden Breuer mit Revolverschüssen empfangen und Süßnicht von einer Kugel in die linke Schulter getroffen. Es entspann sich nun ein gegenseitiges Feuergefecht, wobei Frau Weber, hinter die sich Breuer verstrickte und fortgesetzt schoß, dreimal getroffen wurde. Breuer und Weber bekamen Streifschüsse. Nachdem die Beamten ihre Munition verschossen hatten, mußten sie sich vorläufig zurückziehen und Hilfe herbeiholen. Breuer und ein gewisser Schuhmacher — Diebeshelfer des Breuer — versteckten sich nun im Hause. So oft die Beamten gegen das Versteck — Speicher und Keller — vorzudringen suchten, erhielten sie jedesmal sofort Feuer. Erst gegen 4.30 Uhr morgens gelang es, Breuer und Schuhmacher festzunehmen. Die Verletzungen des Polizeiwachtmeisters Süßnicht sind nicht lebensgefährlich, während Frau Weber am Montag früh ihren Verletzungen erlegen ist.

? **Herne**, 28. Jan. **(Gold- und Silbersachen gestohlen.)** Aus dem Geschäftslokal des Uhren- und Goldwarenhändlers Walkenhorst in der Mont-Cenisstraße wurden nachts von unbekannten Dieben für etwa 30 000 Mk. Gold- und Silbersachen gestohlen.

? **Lette**, 29. Jan. **(Sein eigenes Pferd erschossen.)** Dem Gutsbesitzer Backel wurde nachts ein Pferd aus dem Stalle gestohlen. Der Vorfall war von dem Besitzer bemerkt worden und er eilte mit geladenem Gewehr den Dieben nach. In der Dunkelheit schoß er darauf und hat sein eigenes Pferd erschossen. Die Diebe sind leider entkommen.

Münster, 29. Jan. **Das Fastnachtstreiben** ist, wie in vorigen Jahre, so auch für die diesjährigen Fastnachtstage verboten. Zur Veranstaltung öffentlicher Tanzlustbarkeiten wird, wie der „Münst. Anz." meldet, mit Rücksicht auf die schlechte wirtschaftliche Lage, insbesondere wegen des Mangels an Beleuchtungsstoffen, die erforderliche polizeiliche Erlaubnis von jetzt ab bis zur 15. April d. J. nicht mehr erteilt.

(g) **Brakel** (Kr. Höxter), 27. Jan. **(Ein Nachtalk.)** Abends gegen 10 Uhr bemerkte man am nördlichen Himmel in der Richtung der Hindenburg einen mächtigen Feuerschein, der ein großes Schadenfeuer vermuten ließ.

Die dem Mitberg
hausen gehörende,
hof belegene gr
stand in hellen
hört, total ausge
orts- und sachk
der Scheune meh
die in nächster
und nun mitsamt
Opfer gefallen
Brandstiftu
Baron von Hax
lich nicht für mü
gegenwärtigen t
von hungernden
Brot schreien, n
in blinder Rache
Hunderte von
ruchloses Tun so
Daß das Feuer
gelegt sein kann,
den klar hervor:
vor einiger Zeit
An dieser Jagd
Bökendorf als T
arbeiter von B.
aber weigerten
angeblich deshalb
Haxthausen die
Löhne nicht bewil
nun der Baron
Nachbardörfern
men lassen, die
Bei dem Ersche
hausenschen Jag
streikenden Bök
Schüsse abgegebe
der von Boerde
hierbon war, da
Häuser in Böke
darmeriebeaufgebot
wurden und ein
beschlagnahmt w
türlich eine Anz
und sie schworen
denn auch noch
vorhin erwähnt
umgesetzt wurde.
stifter recht bal
eine exemplarisc
(?) **Kamnitz**, **Ueberfall.** verübt
das Haus des
Liemke. Unter
wurden die beid
Geld und Wert
ter, die in ihr
herbeihole, hat
unmöglich gema
schleunigst in d
vor 8 Tagen n
tag vormittag a
Kerl durchs F
droht worden,
laß verweigerte
daß er auf hö
wegen Lebensm
damals ist sie
Vagabunden be
** **Elberfe**
Engländer.) D
teilte den Kau
Ohligs wegen
fängnis und
einem englische
angeblich echt
gegen Barzahlu
dreht hatte
Kisten gute
feln. Dem
gerettet werde
Remscheid,
Das Reichswe
marschall v. H
mit einer Ma
gerückt, um n
befehlshab
nung und
Reichsregierun
men sicher
Truppen vollz
** **Remsche**
Aus Werme
ist es jetzt ge
die vor etwa
Sparkasse eind
Schußwaffen
zu verhaft
beiter Regi
und der 24jähr
aus Rothenb
Straftaten a
wird von der
brieflich verfol
? **Radev**
Mark Schieb
Landstraße M
ein von Köln
gefangen, de
schmuggel
Der Kraftwag
aus Hagen.
schlagnahmt.
(W) **Köl**
lieferung.)
Land haben
Eingabe mit d
Prämienin
aufzuheben
Milchabgabe
schaffen, und
Liter eine P
Pfennig einzu
Verhältnissen
die Milch sei
? **Köln**,
Biblars verd
kölnischen B
heiter el
Fell gege
mußten. De
hin bekannt,
freiwillig m
würden. Die
die
„N
werd
Der

Das stolze Schweigen

Roman von H. Courths-Mahler.

80. Fortsetzung.

Erschüttert faltete Hans dies Schreiben zusammen und sah mit großen Augen vor sich hin.

„Einer, der sich selbst gerichtet!" Welche Tragik lag in diesen Worten.

Der Inhalt dieses Schreibens sagte Hans nicht viel Neues. Er hatte gefühlt, daß Walter ihn gehaßt hatte. Daß er ihm auch nach dem Leben getrachtet, hatte er freilich nicht geahnt. Aus Eifersucht hatte er ihn gehaßt? Aus Eifersucht? Was war es, das er nicht niederschreiben wollte, weil es ihn nicht würde sterben lassen? Aus Eifersucht, weil —?

Hans sah starr vor sich hin. Und er vervollständigte sich diesen Satz: „weil Ruth von Goseck dich geliebt hat, trotzdem sie mir ihr Jawort gab."

Ja — das hatte er wohl nicht niederschreiben wollen.

Er seufzte tief auf. Im Geiste sah er Ruth vor sich. Und sein Herz klopfte unruhig. Ja — sie hatte ihn geliebt, ihre Augen hatten es ihm einst verraten. Aber um so schlimmer war es, daß sie ihn verraten hatte, daß sie sich trotz dieser Liebe zweimal verkaufte. Das war eine matte, feile Liebe, die sich um Geld erkaufen ließ. Fort mit den Gedanken an sie. Sie durfte ihm nichts mehr sein, auch jetzt nicht, da sie der Tod Walters abermals frei gemacht hatte.

Aufatmend barg er den Brief in seiner Brusttasche und ging hinaus. Es gab allerlei für ihn zu tun. In den nächsten Stunden kam er nicht zur Ruhe. Wieder kamen die Herren vom Gericht nach Rainsberg, diesmal, um festzustellen, daß sich Walter von Rainsberg selbst entleibt hatte. Hans wurde auch nach dem Inhalt des Briefes gefragt, ob er eine Angabe enthalte, was seinen Vetter in den Tod getrieben habe.

Hans sagte aus, daß der Brief Familienangelegenheiten enthalte, und daß auch er annehme, daß Krankheit seinen Vetter zum Selbstmord getrieben habe. Er habe Furcht gehabt, wahnsinnig zu werden. Wenn es sein müsse, werde er den Brief vorlegen, falls man ihm strengste Diskretion zusage. Aber man möge es ihm erlassen, wenn es möglich sei.

Da Walter von Rainsberg auf dem offenen Briefbogen selbst niedergeschrieben hatte, daß er sich wegen Krankheit entleibt hatte, und da auch die Dienerschaft aussagte, der gnädige Herr sei sehr sonderbar und krankhaft gereizt gewesen, so wurde auf die Vorlage des Briefes verzichtet und der Name Rainsberg blieb vor einem Makel verschont, das Geheimnis von Walter von Rainsbergs Schuld blieb bewahrt. Hans verschloß es in seiner Brust. Und den Brief, den Walter hinterlassen hatte für ihn, den verbrannte er noch an demselben Abend sehr sorgfältig. Walter hatte sein Verbrechen selbst gesühnt. Nun mochte es mit ihm begraben sein. Hans gestand sich selbst nicht ein, daß ihn nicht nur die Sorge um die Reinheit seines Namens zu diesem Verhalten bestimmte, sondern auch der Wunsch, daß Ruth von Goseck nie erfahren sollte, daß Walter ihretwegen zum Mörder geworden war, und daß sie einem Mörder die Hand zum Lebensbund hatte reichen wollen.

So erschien in den Zeitungen nur eine kurze Notiz, daß der Majoratsherr Walter von Rainsberg in einem nervösen Leiden Hand an sich gelegt hatte, und daß nun der letzte Freiherr von Rainsberg Majoratsherr geworden sei.

* * *

Wochen waren vergangen seit dem Tode Walter von Rainsbergs. Hans hatte ein ungeheures Arbeitspensum in dieser Zeit erledigen müssen. Die Uebernahme des Majorats, die Abwicklung seiner beruflichen Geschäfte, sowie die Verhandlungen mit dem Professor und die Korrespondenzen mit Mr. Sund bezüglich seiner Erfindung füllten seine Tage bis zum Rand mit Arbeit. Er hatte seine Stellung als Assistent des Professors Schwarzenburg natürlich niedergelegt und war nach Rainsberg übergesiedelt. Dort wollte er sich später ein Laboratorium einrichten lassen und privatim seine chemischen Studien weiter treiben, soviel ihm die Verwaltung von Rainsberg Zeit ließ.

Ruth hatte von alledem durch ihre Mutter gehört, und diese hatte ihr geschrieben:

„Du siehst, liebe Ruth, daß Walter von Rainsberg tatsächlich nicht zurechnungsfähig gewesen ist, als er dich in so unerhörter Weise beleidigte. Man muß ihm deshalb verzeihen. Die Gewißheit, daß er krank war, wird diesem Erlebnis für dich den Stachel nehmen. Mag er in Frieden ruhen. Sein Selbstmord hat natürlich viel Staub aufgewirbelt. Hans von Rainsberg ist also nun doch Majoratsherr geworden. Ich weiß von Hainaus, daß er seinen Wohnsitz in Rainsberg aufgeschlagen und die Oberleitung des Majorats selbst in die Hände genommen hat. Du kannst dir denken, meine liebe Ruth, daß ich allerlei Reminiszenzen an diese Begebenheiten knüpfe. Ein wenig hat das alles auch mich erschüttert und die Erinnerungen wieder wachgerufen an Heinz von Rainsbergs letzte Lebenstage. Wie seltsam doch das Leben spielt."

Ruth hatte diesen Brief ihrer Mutter nicht ohne Erregung gelesen. Aller Groll gegen Walter von Rainsberg war in ihrem Herzen erloschen. Sicher war er nicht zurechnungsfähig gewesen, an jenem Tage, da er sie beleidigte. Sie wollte nicht mehr daran denken.

Wie entscheidend Walter in ihr Leben eingegriffen hatte, wußte sie ja nicht. Noch wie vor tat ihr im Gedenken an Hans von Rainsberg das Herz weh. Aber ihr Stolz half ihr tragen, was sie manchmal als unerträglich empfand. Sie hatte sich resigniert mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß aus ihrem Leben alles Glück und aller Sonnenschein gewichen war. Manchmal graute ihr namenlos vor der Zukunft. So lange sie bei Miß Grace bleiben durfte, mochte es gehen. Sie führte wirklich ein ganz angenehmes und sorgloses Leben hier in Villa Sund. Aber wenn sie eines Tages entlassen wurde und von Haus zu Haus, aus einer Stellung in die andere ziehen mußte im Kampf ums Dasein — wie freudlos lag dann ihr Leben vor ihr.

Manchmal hatte sie ein Gefühl, als sei sie sterbensmüde, als habe das ganze Leben keinen Zweck mehr für sie. Glücklos würde sie ihre Tage beschließen, eine von so vielen, die im Schatten vegetieren mußten und kein Anrecht an Licht und Sonne hatten.

Diese trüben Gedanken schloß sie aber fest in ihr Inneres ein. Aeußerlich zeigte sie sich ruhig und heiter. Sie wußte, daß sie in ihrer Stellung die Verpflichtung hatte, persönliche Empfindungen zu verschweigen. Miß Grace hatte ja eine heitere Gesellschafterin verlangt. Und dabei fühlte Ruth doch, daß sie viel mehr von Miß Grace aufgeheitert wurde, als daß sie erheiternd auf sie gewirkt hätte. Aber dieses junge, glückliche Menschenkind konnte auch reichlich abgeben von ihrem Schatz an Glück und Sonnenschein. Sie war ein Glückskind in jeder Beziehung. (Forts. folgt.)

Die Volksabstimmungen im Grenzland sind Prüfstein für politische Reife.
Gib Deine
Grenz-Spende
für die Volksabstimmungen
auf Postscheckkonto Berlin 73776
oder auf Deine Bank!
Deutscher Schutzbund, Berlin NW 52

Die dem Rittergutsbesitzer Frhrn. v. Haxthausen gehörende, in Bökendorf auf Gut Bökerhof belegene große massive Kornscheune stand in hellen Flammen und ist, wie man hört, total ausgebrannt. Nach Angaben von orts- und sachkundigen Leuten lagerten in der Scheune mehrere hundert Fuder Getreide, die in nächster Zeit gedroschen werden sollten und nun mitsamt der Scheune dem Feuer zum Opfer gefallen sind. Es liegt offenbar Brandstiftung vor, ein Racheakt gegen den Baron von Haxthausen. Man sollte es wirklich nicht für möglich halten, daß es in der gegenwärtigen traurigen Zeit, wo Tausende von hungernden Menschen nach dem täglichen Brot schreien, noch Menschen geben kann, die in blinder Rache und törichtem Klassenhaß viele Hunderte von Zentnern Getreide durch ihr ruchloses Tun so mit einem Schlage vernichten. Daß das Feuer nur von böswilliger Hand angelegt sein kann, geht wohl aus dem Folgenden klar hervor: Freiherr v. Haxthausen hatte vor einiger Zeit eine Treibjagd veranstaltet. An dieser Jagd sollten seine Holzhauer aus Bökendorf als Treiber teilnehmen. Die Waldarbeiter von B., die damals gerade streikten, aber weigerten sich, als Treiber zu fungieren, angeblich deshalb, weil ihnen der Baron von Haxthausen die verlangten höheren Holzhauerlöhne nicht bewilligen wollte. Daraufhin hatte nun der Baron von H. sich Leute von den Nachbardörfern Boerden und Altenbergen kommen lassen, die das Treiben besorgen sollten. Bei dem Erscheinen dieser Leute im Haxthausenschen Jagdrevier wurden nun von den streikenden Bökendorfern etwa 50 scharfe Schüsse abgegeben auf die ankommenden Treiber von Boerden und Altenbergen. Die Folge hiervon war, daß am folgenden Tage sämtliche Häuser in Bökendorf von einem stärkeren Gendarmerieaufgebot nach Schußwaffen durchsucht wurden und eine größere Anzahl Schußwaffen beschlagnahmt worden sind. Das versetzte natürlich eine Anzahl Bökendorfer in große Wut, und sie schworen dem Frhrn. v. H. Rache, die denn auch noch am selben Tage durch die vorhin erwähnte Brandstiftung in die Tat umgesetzt wurde. Hoffentlich werden die Brandstifter recht bald für ihre ruchlose Handlung eine exemplarische Strafe bekommen.

(?) **Kaunitz**, 27. Jan. **Einen räuberischen Ueberfall** verübten drei maskierte Personen auf das Haus des Landwirts Johann Giesecker in Liemke. Unter Drohung mit einem Revolver wurden die beiden alten Eheleute aufgefordert, Geld und Wertsachen herauszugeben. Die Tochter, die in ihrer Angst rasch einen Nachbar herbeiholte, hat den Halunken das Vorhaben unmöglich gemacht. Sie verschwanden dann schleunigst in der Dunkelheit der Nacht. Schon vor 8 Tagen war die Tochter, die am Sonntag vormittag allein zu Hause war, von einem Kerl durchs Fenster mit einem Revolver bedroht worden, als sie ihm den begehrten Einlaß verweigerte. Er hatte dabei angegeben, daß er auf höheren Befehl eine Haussuchung wegen Lebensmittel vorzunehmen habe. Auch damals ist sie durch den Nachbar von den Vagabunden befreit worden.

** **Elberfeld**, 22. Jan. **(Ein betrogener Engländer.)** Die hiesige Strafkammer verurteilte den Kaufmann Ernst Melchior aus Ohligs wegen Betrugs zu 9 Monaten Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe, weil er einem englischen Aufkäufer 22 große Kisten angeblich echter Solinger Stahlwaren gegen Barzahlung von 224 000 Mark angedreht hatte. In Wirklichkeit enthielten die Kisten gußeiserne Gabeln und Löffeln. Dem Engländer konnten 40 000 Mark gerettet werden; der Rest ist verloren.

Remscheid, 29. Jan. **(Truppen-Einmarsch.)** Das Reichswehr-Sturmbataillon „Generalfeldmarschall v. Hindenburg" ist gestern vormittag mit einer Maschinengewehrkompagnie hier eingerückt, um nach der Mitteilung des Militärbefehlshabers die öffentliche Ordnung und Durchführung der von der Reichsregierung angeordneten Maßnahmen sicherzustellen. Der Einmarsch der Truppen vollzog sich in völliger Ordnung.

** **Remscheid**, 29. Jan. **(Räuber verhaftet.)** Aus Wermelskirchen wird gemeldet: Der Polizei ist es jetzt gelungen, die beiden Räuber, die vor etwa 5 Wochen in die hiesige Städt. Sparkasse eindrangen und unter Bedrohung mit Schußwaffen 39 000 Mark raubten, in Ulm zu verhaften. Es sind der 18jährige Arbeiter Aegidius Streit aus Völklingen und der 24jährige Schlosser Hermann Hoyer aus Rothenburg, die noch zahlreiche andere Straftaten auf dem Kerbholz haben. Hoyer wird von der Staatsanwaltschaft in Halle steckbrieflich verfolgt.

? **Radevormwald**, 28. Jan. **(Für 30 000 Mark Schieberware beschlagnahmt.)** Auf der Landstraße Radevormwald—Hückeswagen wurde ein von Köln kommender Kraftwagen abgefangen, der für über 30 000 Mk. geschmuggelter Lebensmittel enthielt. Der Kraftwagen gehörte einem Gemüsehändler aus Hagen. Die Schieberware wurde beschlagnahmt.

(W) **Köln**, 29. Jan. **(Erhöhung der Milchlieferung.)** Köln Stadt und Land und Mülheim Land haben an die Stadtverwaltung Köln eine Eingabe mit dem Ersuchen gerichtet, das bisherige Prämiensystem bei der Milchlieferung aufzuheben und dafür bei 4 Liter täglicher Milchabgabe für eine Kuh einen Einheitssatz zu schaffen, und darüber hinaus für jedes weitere Liter eine Prämienstaffelung von 50—30 Pfennig einzuführen, da unter den augenblicklichen Verhältnissen darin die einzige Möglichkeit gesehen wird, die Milchlieferung zu erhöhen.

? **Köln**, 19. Jan. **(Warum die Besatzung Liblars verdoppelt wurde.)** In Liblar im kölnischen Braunkohlengebiet hatten drei Arbeiter elf Engländern dermaßen das Fell gegerbt, daß diese verbunden werden mußten. Der Ortskommandant machte daraufhin bekannt, daß er, wenn die Täter sich nicht freiwillig meldeten, den ganzen Ort bestrafen würde. Die drei meldeten sich freiwillig. „Was, die [illegible] haben die elf Mann so verhauen?" „N[illegible] Herr Kommandant." Die Engländer werd[illegible] eingeholt und müssen das bestätigen. Der [illegible]mandant sagt ihnen ein paar freundliche Worte und schickt sie wieder hinaus. Dann wendet er sich den drei Missetätern wieder zu und verkündet ihnen, daß er sie für diesmal, weil sie sich freiwillig gemeldet hätten, mit einem Verweis entlasse. „Aber," fährt er fort, „sagen Sie mir, wieviel brauchen Sie, um die ganze Besatzung zu überwältigen?" „Och, Herr Kommandant," sagt der eine, „zehn Mann; äwer ich muß se aussöken dürfe." „Was, zehn Mann?" „Ja, Herr Kommandant, äwer, wie gesagt, ich muß mer se aussöken dörfe." Der Kommandant entläßt die drei. — In den nächsten Tagen wurde die Besatzung von Liblar verdoppelt.

Ein Königstum Ungarn gesichert?

(W) **Budapest**, 29. Jan. Von den Wahlen zur ungarischen Nationalversammlung sind bisher die Ergebnisse aus 103 Bezirken bekannt. Davon entfallen auf die christlich-Nationalen 52, auf die Partei der [illegible]nen Landwirte 39, und auf die Parteilosen [illegible] Sitze. Stichwahlen sind in 11 Bezirken notwendig. — Der Ministerpräsident sprach in einer [illegible]versammlung und gab der Freude darüber Ausdruck, daß in der Hauptsache die christlich-nationale Partei überwiegende Erfolge errungen habe. Die erste Aufgabe der auf den 1. 2. einberufenen Nationalversammlung werde die Wahl des provisorischen Staatsoberhauptes bilden. Es ist klar, sagte der Ministerpräsident, daß Ungarn wieder Königtum werden wird, doch wäre es verfrüht, schon heute mit volkstümlichen Namen hervorzutreten. Der Tätigkeit des Parlaments, in welchem zum ersten Mal der Volkswille über allen Zweifel erhaben zum Ausdruck komme, blicke er mit Optimismus entgegen.

Bergarbeiterstreik in Sachsen.

(bb) **Zwickau**, 29. Jan. Gestern morgen sind etwa 8000 Mann, das sind 70 Prozent der gesamten Belegschaft im Lugau-Oelsnitzer Revier, in den Ausstand getreten. In einem Aufruf wendet sich die freie, auf kommunistischem Boden stehende Bergarbeiterunion an die Bergleute, die sie nach Ablehnung ihrer Forderungen auf 1000 Mk. Beschaffungsbeihilfe, Abschaffung der Akkordarbeit, Lohnerhöhung und Einführung der Sechsstundenschicht zum Sympathiestreik für die Bergleute des Ruhrbezirks auffordert. Tatsächlich handelt es sich aber nur um eine Machtprobe zwischen der Union und den gewerkschaftlichen Organisationen.

*

— **(Frankreichs Rache.)** Das Kriegsgericht in Amiens verurteilte den deutschen Ingenieur Emil Zutter zu 5 Jahren Festungshaft. Zutter leitete für die von demselben Kriegsgericht verurteilten Gebrüder Röchling die Fabrik in Longwy.

— **Ein gewagtes Schieberstückchen.** Der auf dem Höchster Bahnhof beschäftigte Hilfsrottenführer Anthes aus Wicker stahl Eisenbahnschwellen und Zementröhren und anderes wertvolles bahnfiskalisches Eigentum, packte alles in Eisenbahnwaggons, stellte diese zu einem Sonderzuge zusammen und führte sie unter Volldampf nach der Station Kristel. Hier warteten die Hehler, welche die Wagen entluden. Darauf führte Anthes seinen Sonderzug unbemerkt nach der Ursprungsstation zurück. Die Frankfurter Bahnhofskriminalpolizei erfuhr von dieser Sonderfahrt. Sie nahm am Montag Anthes fest und beschlagnahmte bei den Empfängern des Diebesgutes, einer Firma in Kristel, die Ladungen.

— **Ein „unheimliches" Schiebernest** wurde dieser Tage in Tegel ausgehoben. Nahe der Humboldtmühle steht dort im Walde die sogenannte „Spukvilla". Vor einigen Jahren soll in diesem Hause ein Mord verübt worden sein, und im Volksmunde erzählt man sich, daß es dort nachts „umgehe". Die Villa war aus diesem Grunde schwer vermietbar und wurde von den Nachbarn streng gemieden. Seit längerer Zeit beschäftigte sich die Kriminalpolizei eingehender mit der Spukvilla, denn es waren ihr allerlei Dinge aufgefallen, die darauf schließen ließen, daß es in ihr wirklich nicht mit rechten Dingen zugehe. Sie stellte nunmehr fest, daß sich dort ein großes Schieber- und Hehler-Warenlager befand, das einem Russen Solokoffski gehörte. Der Verhaftete soll den Gerüchten, die über die Villa im Umlauf waren, dadurch Nahrung gegeben haben, daß er im Keller ein Gramophon aufstellte, das von Zeit zu Zeit schauerliche Töne abgab.

— **Eine exemplarische Strafe wegen Preiswuchers und Schleichhandels** verhängte die Strafkammer in Osnabrück über den Händler Hofschulte aus Freren. In welchem Umfange er sein Geschäft betrieben hat, zeigte die Aufstellung der Anklage, wonach er im Jahre 1919 nicht weniger als 3700 Pfund Butter verschob und 55 000 Eier versandte. Von jedem Ei nahm er einen Verdienst von 40 bis 50 Pfg., am Pfund Butter, das er mit 25 Mk. absetzte, will er nach seiner Angabe „nur" 7 Mk. verdient haben. Seine Behauptung, daß er die Butter mit 18 Mk. eingekauft habe, begegnete beim Gericht berechtigten Zweifeln. Bei dem obigen Umsatz handelt es sich um Zahlen, die sich noch einwandfrei feststellen ließen; wahrscheinlich ist der Umsatz noch bedeutend höher gewesen. Vor dem Kriege lebte der Angeklagte in bedrängten Verhältnissen, durch Schleichhandel und Wucher ist er ein wohlhabender Mann geworden. Er will aus Not die Not seiner Mitmenschen ausgebeutet haben. Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis, 20 000 Mark Geldstrafe und Einziehung von 28 000 Mark Uebergewinnes.

— **Explosionsunglück.** Im Minendepot Hoppens ereignete sich beim Verbrennen von Schießbaumwolle eine Explosion; 5 Personen wurden verwundet, davon 2 schwer.

Kleine Nachrichten.

Die französische Telegraphenverwaltung teilte der Agence Havas mit, daß die Telegraphen-Verbindung mit Deutschland wieder normal arbeitet.

Nach Londoner Meldungen sind in den dortigen Krankenhäusern 16 Fälle von Schlafkrankheit zu verzeichnen. Die Kranken befinden sich jedoch alle auf dem Wege zur Genesung.

Stimmen aus dem Publikum.

Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

Kamen, 30. Jan. Ein Kampf um die Schule ist entbrannt und nimmt an Heftigkeit täglich zu. Auf der einen Seite heißt es: Evangelische, katholische, mit einem Wort konfessionelle Schule; auf der andern Seite: Weltliche Schule. In der Verfassung wird als Normalschule die Simultanschule gefordert. Eine Fülle von Begriffen ist es, die dort auf den weniger Eingeweihten einstürmt. Es ist geradezu erstaunlich, welche Unklarheiten darüber herrschen und wie diese noch, ob wissentlich oder unwissentlich sei dahingestellt, weiter gefördert werden. Der Lehrerverein Kamen und Umgegend, Mitglied des Deutschen Lehrervereins, hat sich bisher in diesen Kampf nicht eingemischt. Er hält es nunmehr aber für seine unerläßliche Pflicht, zu dieser äußerst wichtigen Frage auch seinerseits Stellung zu nehmen. Klar und offen will er sein Programm darlegen; nicht durch Sammeln von Unterschriften will er werben, sondern durch Volksaufklärung. Der Führer des Westfälischen Lehrervereins, Rektor Tittel-Dortmund, wird in öffentlichen Volksversammlungen über das Thema sprechen: Die nationale Einheitsschule — die Zukunftsschule des deutschen Volkes. Er wird reden Samstag abend 7 Uhr in Kamen: Wirtschaft Nagel, Westentor; Sonntag nachmittag 3 Uhr in Methler: Wirtschaft Lunke. Es geht um ein teures Kleinod des deutschen Volkes, möge ein jeder sich dessen bewußt sein! Wir rechnen auf Massenbesuch. Dem Vortrage wird eine freie Aussprache folgen. (Siehe auch Inserat in dieser Zeitung.)

Vereinsnachrichten.

Kamen, 30. Jan. **Verband der Polizeibeamten Preußens**, Kreisverein Hamm-Land. Am 21. Januar fand im Lokale Schmitz in Unna die ordentliche Jahresversammlung statt. Die Versammlung war, wohl infolge des schlechten Wetters, nur mäßig besucht; es waren 25 Mitglieder anwesend. Der erste Vorsitzende Herr Polizei-Wachtmeister Kilian-Unna begrüßte die Anwesenden und bat, da seine Funktionsperiode abgelaufen sei, von einer Wiederwahl seiner Person Abstand zu nehmen, auch teilte er mit, daß der bisherige Schriftführer Herr Hempelmann-Unna sein Amt, infolge Uebertritts in den Bürodienst, niedergelegt habe. Die erfolgende Neu- bezw. Umwahl des Vorstandes hatte nachstehendes Resultat: 1. Vorsitzender Polizei-Oberwachtmeister Steffen-Unna, 2. Vorsitzender Kriminal-Wachtmeister Thomaschewski-Kamen, 1. Kassierer Kriminal-Wachtmeister Meineke-Unna, Stellvertreter Polizei-Wachtmeister Betzer-Pelkum, 1. Schriftführer Polizei-Wachtmeister Bücker-Unna, Stellvertreter Polizei-Wachtmeister Werthwein-Westick. Zu Beisitzern wurden gewählt bezw. wiedergewählt die Herren Polizei-Wachtmeister Hilbk-Rhynern, Pollmeier-Pelkum und Bothe-Massen. Nachdem Herr Kilian allen Kameraden und dem bisherigen Vorstande für das ihm bewiesene Vertrauen und die tätige Mitarbeit gedankt hatte, übernahm der neugewählte 1. Vorsitzende Herr Oberwachtmeister Steffen den Vorsitz, dankte für das ihm geschenkte Vertrauen, das zu rechtfertigen sein eifrigstes Bestreben sein werde. Ueber den Verlauf der General-Versammung des Provinzial-Verbandes der Provinz Westfalen am 3. Januar d. Js. in Hamm, woselbst der Anschluß des Provinzial-Verbandes an den Landes-Verband Preußen vollzogen wurde, erstattete Herr Polizei-Wachtmeister Werthwein vom Amte Unna-Kamen ausführlichen Bericht. Es wurde noch beschlossen, dahin zu wirken, daß die kommunalen Polizei-Oberwachtmeister sowie die Polizei-Wachtmeister ebenfalls zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft ernannt und mit den diesbezüglichen gleichen Rechten wie die staatlichen Polizei-Oberwachtmeister und Gendarmerie-Wachtmeister versehen werden. Für einen Kameraden, der vor kurzem auf eine 25jährige Dienstzeit zurückblicken konnte, wird beim Landesverband die Jubiläumsgabe beantragt. Der Vorstand hatte ihn an seinem Ehrentage namens des Kreisvereins beglückwünscht und ihm eine Ehrengabe überreicht. Nach Besprechung einiger Vereinssachen interner Natur und einiger Anfragen wurde die Versammung geschlossen. Die Bestimmung des Ortes der nächsten Versammlung bleibt dem Vorstand überlassen.

Kamen, 30. Jan. **Verband der freien deutschen Turnerschaft**, Sitz Kamen. Eingedenk der schönen Worte des alten Turnvaters Jahn: „Frisch, fromm, fröhlich, frei" und mit dem Gedanken vertraut, gute Arbeit zu verrichten, versammelten sich am Sonntag, den 25. d. M. die vom prov. Vorstand des Verbandes der freien deutschen Turnerschaft beorderten Delegierten von 24 Turnvereinen beim Wirt Drücke in Königsborn, um mitzuarbeiten zum Wohle und Segen des Verbandes, welcher zum ersten Mal in diesem Jahre geschlossen an die Oeffentlichkeit tritt. Mit welch großem Interesse das Zusammenarbeiten ins Auge gefaßt wird, zeigt die Beteiligung der Vereine an dieser Versammlung. Punkt 2 Uhr wurde dieselbe vom 1. Vorsitzenden Fr. Rebbe-Kamen eröffnet. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: Aenderung des § 10, Vorstandswahl, Zahlung der Beiträge, Verschiedenes. Der § 10 wurde dahin geändert, daß die Kündigung eines Vereins am 1. Oktober stattfinden kann, Austritt aus dem Verband am 1. Januar. Die darauf folgende Vorstandswahl, da der bisherige Vorstand nur ein provisorischer gewesen war, hatte folgendes Ergebnis: Friedrich Rebbe (Kaiserkrone-Kamen) 1., Jos. Kemper (Deutsche Eiche-Hamm) 2., Herm. Luhmann (Germania-Kaiserau) 3. Vorsitzender; Aug. Goris (Eintracht-Kamen) 1., Karl Schaper (Turnverein Heeren-Werwe) 2., Richard Teuber (Jahn-Bergkamen) 3. Bundesturnwart; Friedrich Mollmann (Germania-Südkamen) 1., Otto Höning (Eichengrün-Kamen) 2. Schriftführer; Karl Zumbansen (Kolonie bei Unna) 1., Friedrich Erger (Turn- und Sportverein Altenbögge) 2. Kassierer; Ernst Gräfe (Arminius-Bönen) 1., Fritz Neuhaus (Eintracht-Wasserkurl) 2., Otto Auktuhn (Turnverein Husen-Kurl) 3., Fritz Bäcker (Deutsche Eiche-Weddinghofen) 4., Karl Schulte (Deutsche Treue-Breiten) 5. Beisitzer; Hunecke (Eintracht Lünern-Stockum), Heimühl (Kaiserkrone-Kamen), Kassenrevisoren. Unter Verschiedenes wurde einstimmig beschlossen, keine schulpflichtigen Kinder mehr in die Aufmärsche einzustellen, auch soll der Rasensport gepflegt werden, als da sind: Schleuderball, Fußball, Steinstoßen und so weiter. Die Verteilung der Feste hatte folgendes Ergebnis: Deutsche Eiche-Hamm, Kaiserkrone-Kamen, Jahn-Hamm, Deutsche Eiche-Weddinghofen, Turnverein Heeren-Werwe, Jahn-Königsborn, Westlicher Turnklub Jahn-Kamen, Jahn-Kaiserau, Jahn-Ahlen. Das Verbandsfest fiel durch das Los auf Germania-Kaiserau. Gleichzeitig übernahm der betreffende Verein die am 8. Februar, vorm. 9 Uhr, stattfindende Vorturnerstunde. Somit waren sämtliche Punkte erledigt und der zweite Vorsitzende, Herr Kemper-Hamm, ermahnte zum Schluß jeden Turner nochmals, alles zu tun, um mitzuhelfen, damit der Verband nach innen und außen bei der Bürgerschaft in gutes Ansehen kommt. Ein „Gut Heil" auf den Verband beendigte in später Abendstunde die so gut verlaufene Versammlung.

Kamen, 30. Jan. **(Sportverein Kamen von 1913, e. V.)** Der Vorstand hatte für den vergangenen Montag zur Hauptversammlung eingeladen. Sie wurde vom 1. Vorsitzenden Herrn Direktor Dr. Everlien eröffnet und geleitet. Er warf zunächst einen kurzen Rückblick auf das verflossene Vereinsjahr. Der Sportverein wurde im April v. J. neu ins Leben gerufen und zählte damals 25 Mitglieder. Im Laufe der 9 Monate ist die Mitgliederzahl auf 243 gestiegen; eine Zahl, die für sich spricht. Bedauert wurden die ungünstigen Platzverhältnisse Kamens. Mit den städtischen Behörden schweben schon seit Monaten Verhandlungen wegen Anlage eines städtischen Sportplatzes, bis heute leider ergebnislos. — Herr Prolingheuer erstattete Bericht über die im verflossenen Jahre ausgetragenen Spiele, wobei von den verschiedenen Mannschaften recht achtbare Erfolge erzielt wurden. — Der 1. Kassierer, Herr F. Ahlert, gab einen Ueberblick über den Kassenbestand. Einer Einnahme von 5174,36 Mk. stand eine Ausgabe von 5046,40 Mk. gegenüber, sodaß ein Mehr von 128,46 Mk. zu verzeichnen war. Die Prüfung der Kasse durch die Herren Schneidersmann und Fiene fand sich nichts zu erinnern und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. — Satzungsgemäß hatte eine Neuwahl des Vorstandes zu erfolgen. Hierbei wurden folgende Herren gewählt bezw. wiedergewählt: Dr. Everlien 1., Fr. Düfelshöft 2. Vorsitzender; H. Berg 1., Ad. Möcking 2. Schriftwart; Fr. Ahlert 1., W. Hüser 2. Kassierer; K. Darenberg 1., H. Allonz 2. Spielleiter; K. Ebbinghaus 1., Fr. Budde 2. Beiwart; Otto Herberholz, Obmann der passiven Mitglieder. — Nachdem noch verschiedene innere Angelegenheiten erledigt waren, schloß der 1. Vorsitzende Punkt 10 Uhr die Versammlung.

Lünen, 29. Jan. **Der Fischereiverein für Lünen und Umgegend** hielt am 4. ds. Mts. im „Lüner Hof" seine Jahresversammlung ab, die von etwa 150 Mitgliedern besucht und durch den Vorsitzenden, Herrn Bauersfeld, geleitet wurde. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte er der im Jahre 1919 verstorbenen Mitglieder Martin Münstereifel-Horstmar, Paul Rumpf-Dortmund, und Gottl. Gronowski Lünen. Aus dem bekanntgegebenen Jahresbericht ist zu entnehmen, daß die Fangergebnisse keine günstige zu nennen waren. Dies wurde in erster Linie darauf zurückgeführt, daß durch das Werfen von Handgranaten durch Angehörige der Regierungstruppen und durch Zivilpersonen eine Unmenge Fische getötet worden ist. In zwei Fällen ist es dem Verein gelungen, Handgranatenwerfer auf frischer Tat zu ertappen und der Staatsanwaltschaft zur Anzeige zu bringen; sie sind mit einer größeren Geldstrafe belegt worden. Laut der bekanntgegebenen Fangstatistik wurden im Jahre 1919 von den Mitgliedern gefangen: 125 Hechte, 3356 Barsche, 68 Schleien, 44 Karpfen, 582 Aale, 1 Zander, 280 Brassen und 56 000 Weißfische. Eingesetzt wurden im Jahre 1919 5000 Karpfensetzlinge, 8000 kleine Aale, 1000 Hechtsetzlinge und 500 Zwergwelse im Gesamtwerte von rund 2500 Mark. Die Kassenverhältnisse sind folgende: Einnahme 4303 Mk. Ausgabe 3396 Mark, sodaß ein Ueberschuß von 907 Mark in das neue Geschäftsjahr übernommen werden konnte. Beschlossen wurde u. a. den Namen des Vereins in „Fischereiverein zu Lünen i. W." zu ändern und ihn in das Vereinsregister beim Preußischen Amtsgericht zu Lünen eintragen zu lassen. Von dem Inhalt eines Schreibens des Wasserbauamts Hamm, sowie eines Schreibens des Oberfischmeisters für Westfalen und Lippe, in denen den Mitgliedern die Beschädigungen der Kanalanlagen und insbesondere der Ueferbefestigung zur Last gelegt und dem Fischereiverein von ersterem mit der Einstellung des Angelns gedroht wird, wird mit Entrüstung Kenntnis genommen. Die Aussprache ergibt, daß die umfangreichen Beschädigungen nicht durch die Angler, sondern durch die nach hunderten zählenden Personen, die die Kanalanlagen als Promenade und Tummelplatz benutzen, sowie durch die badenden Personen entstehen. Von den letzteren sind an verschiedenen Stellen sämtliche Steine aus der Böschung entfernt worden, um einen freien Weg in das Wasser zu erhalten und um sich beim Baden die Füße nicht zu verletzen. Ferner kann man fast täglich wahrnehmen, wie Kinder und halbwüchsige Burschen aus Mutwillen die Steine aus den Böschungen entfernen und sie in das Wasser werfen. Den Vereinsmitgliedern ist es unverständlich, daß gegen diese Personen, von deren Treiben die Beamten des Wasserbauamts doch genau Kenntnis haben, nicht vorgegangen wird, und sie ersuchen den Vorstand, das Wasserbauamt zu bitten, hier Wandel zu schaffen, denn nur dann sei es möglich, daß die Klagen über Beschädigungen an den Kanalanlagen aufhörten. — In den Vorstand wurden die nachstehenden Herren gewählt: Vorsitzender: Bürobeamter Heinr. Bauersfeld, stellv. Vorsitzender: Zahnarzt Sacken, Schriftführer: Bergamtssekretär Müller, stellv. Schriftführer: Bahnbeamter Berneiser, Kassierer: Buchhalter K. Grave, Beisitzer: Kaufmann Dommes, Rentner Kortenbruck, Sattlermeister Grundmann u. Bürobeamter Fr. Gustorf.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Kamen.

Sonntag, 1. Febr. Pauluskirche. 9 Uhr: Pastor Ewald. 11¼ Uhr: Kindergottesdienst, Pastor Ewald. — Lutherkirche. 10 Uhr: Pastor Kochs. — Kirchentaufen. Sonntag 3 Uhr und Dienstag 4¼ Uhr in der Lutherkirche, Pastor Kochs.

Helft den Auslandsdeutschen! In dieser Woche sammelt der Vaterländische Frauenverein Gaben für die Rückwanderhilfe ein.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen sprechen wir unseren

tiefgefühlten Dank

aus.

Familie Wittkamp.

Westick, im Januar 1920. 331

Spezialität

Moderne Pelzwaren.

Meiner werten Kundschaft von auswärts vergüte bei Einkauf über Mk. 40.— für die Fahrt 3 Mk.

*

Resi Sander, Münster i. W.

Roggenmarkt 17/18 I.

*

Gleichzeitig empfehle ich mein reichhaltiges Lager

in Putzbedarfsartikeln

und diene ich Ihnen noch mit alten Preisen.

Putzmacherinnen erhalten besonderen Rabatt.

Ev. Gemeinde Kamen

Vortragsabend

Sonntag, den 1. Februar, nachmittags 5 Uhr,

im Gemeindehause, Klosterstraße.

Thema: **Gibt es einen Gott?**

Redner: **Pastor Kochs.**

Freie Aussprache.

Es ladet herzlich ein. 375

Das Presbyterium.



Querberge!

Sonntag, den 1. Febr., findet in meinem Saale



Grosser

Ball

statt. **Beginn abends 6 Uhr.**

Es ladet freundlichst ein

382 **H. Schmülling.**

Für unsere Buchdruckerei suchen wir zu Ostern einen

Lehrling.

Kamener Zeitung G. m. b. H.

(Meldungen: **Unnaerstr. 163.**)

Sauerländischer Gebirgs-Verein

Abteilung Kamen.

Am **Samstag, den 31. Januar 1920, abends 8½ Uhr,** findet beim Wirt Biermann am Markt die diesjährige

Haupt-Versammlung

statt. 366

Der Vorstand.

Turnverein Kaiserkrone

Kamen.

Sonntag, den 1. Februar d. J., nachmittags 2 Uhr, 363

General-Versammlung.

Tagesordnung im Vereinslokal H. Nagel, Westentor. Hierzu sind die Damen der Mitglieder freundlichst eingeladen. Ende der Versammlung 5 Uhr nachm. Um zahlreiches u. pünktliches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Schriftführer: Ehrlich.

Turnklub Eichengrün

Kamen.

Einladung zur

General-Versammlung

am **Sonntag, d. 1. Febr., nachmittags 4 Uhr,** im Vereinslokal Wilhelm Dröge. 384

N. B. Die Turnstunden finden regelmäßig **Mittwochs und Samstags von 8—10 Uhr** statt.

Ein gut erhaltener

Kinderwagen

zu verkaufen. 379

Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Ztg.

Ein gut erhaltener

Eisenbahner-Rock

zu verkaufen. 349

Weddinghoferstr. 95.

Holz-Verkauf

Heil.

Donnerstag, den 5. Febr., morgens 10 Uhr, läßt Frau Gutsbesitzerin Schulze-Heil in ihrer Waldung, zwischen Bahn und Kanal, östlich der Kanalbrücke, 10 Minuten vom Bahnhof Bergkamen-Werne, **400 Stück gefällte, schwere, lange Kiefern und Eichen,** bis 30 cm Durchmesser, zu Bau-, Geschirr-, Gruben- und Frechtungsholz, und **100 Haufen Kiefern und Eichen Durchforstungsholz,** zu Frechtungen, Bohnenstangen und Brennholz öffentlich, nummerweise gegen Kredit verkaufen.

Heil. 371

Brüggemann, Aukt.

Gold- und Silber-Münzen.

Wir kaufen Gold- und Silbermünzen für gewerbliche Zwecke und zahlen die höchsten Preise:

Für 20 Mk. in Gold 300 Mk., für 10 Mk. die Hälfte, für ½ Mk. in Silber 5.50 Mk., für 1 Mk. 11.— Mk., für 2 Mk. 22.— Mk., für 3 Mk. 33.— Mk., für 5 Mk. 55.— Mk. 1293

Nachnahme oder Wertpakete ohne vorherige Anmeldung werden prompt eingelöst. 372

Heinrich Kirchherr u. F. Häring,

Pforzheim, Stolzestr. 10.

Ein zweitüriges

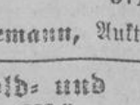
Schreibspult

rotbraun, billig zu verkaufen. 387

Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Ein schwarzbuntes

Zuchtkalb



gute Abstammung hat zu verkaufen 377

Wilh. Droste, Westick.

Gesucht wird

Zimmer mit Pension.

Offerten unter **F. B. 347** an die Geschäftsstelle.

Junger ordentl. Bergmann sucht zum 1. Febr.

Kost u. Logis.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle. 380

Mädchen

zur Stütze der Hausfrau gesucht. 369

Zu erfr. in der Geschäftsstelle d. Zeitung.

Suche zum 1. Februar ein sauberes 347

Mädchen

im Alter v. 15—16 Jahren.

Hammerstr. Nr. 194.

Suche für meine Tochter, 17 Jahre alt 348

Stellung

bei einem Landwirt zur Erlernung der Küche.

Karl Koller,

Westick, Königstr. 92.

Fräulein, 25 Jahre alt,

sucht Stellung

als Stütze im landwirtschaftl. Haushalt.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle 388

Wirtschaftliche Vereinigung für Kriegsbeschädigte u. Kriegshinterbliebene

Kamen.

Monatsversammlung

im Vereinslokal Hotel Biermann, Markt.

Abtlg. A. Kriegsbeschädigte:

Sonntag, den 1. Februar 1920, vormittags 10 Uhr,

Abtlg. B. Kriegshinterbliebene:

Donnerstag, den 12. Februar 1920, abends 8 Uhr

Wichtiger Tagesordnung halber ist vollzähliges Erscheinen dringend erforderlich.

Beratungsstunde

jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, abends 8—10 Uhr, in der Lesestube des Kriegsfrauenbundes, Hotel Bergheim.

373 **Der Vorstand.**

Bekanntmachung.

Betriebsstoffe für Kraftwagen.

Beschwerden von Gewerbetreibenden über unzulängliche Belieferung ihrer Kraftwagen mit Betriebsstoffen werden von zuständiger Stelle durch eine ausführliche Darlegung beantwortet, die nachstehend kurz wiedergegeben ist. Die empfindliche Notlage des gesamten Kraftwagenverkehrs und die daraus für die Industrie erwachsenden Schwierigkeiten und Schäden, insbesondere bei den derzeitigen Betriebsverhältnissen der Eisenbahn, sind bekannt; sie können aber augenblicklich nicht behoben werden.

Die Gründe liegen zunächst an der in der ganzen Welt vorhandenen Knappheit an Motorbetriebsstoffen, derzufolge die dem Reichswirtschaftsministerium zur Verfügung stehenden Mengen so gering sind, daß im Durchschnitt jedem Kraftwagen für den ganzen Monat nur 62 Kg. zugeteilt werden können, eine Menge, die ein Lastkraftwagen auf einem Wege von etwa 75 Km. verbraucht. Der Reichswirtschaftsminister kann größeren Anforderungen nicht entsprechen; er steht indes ernst zu nehmenden Einfuhranträgen großer Industrieverbände wohlwollend gegenüber, wenn die zu zahlenden Preise und die Art der Zahlung für angemessen gehalten werden und die Verbände sich verpflichten, die einzuführenden Mengen ausschließlich in ihren Werkbetrieben zu verwenden.

Daß die im Regierungsbezirke erzeugten Benzolmengen in diesem nur zum kleinsten Teile, für Dezember und Januar für Verkehrszwecke überhaupt nicht zur Verteilung gelangen, liegt darin begründet, daß sie nach Mittel- oder Ostdeutschland in Gegenden abgegeben werden müssen, in denen Benzol nicht hergestellt wird, in denen aber die Beförderung von Kartoffeln und anderen Lebensmitteln mittels Kraftwagen wegen des Fehlens der Kohlen zur unabweisbaren Notwendigkeit wird.

Das verspätete Eintreffen der Betriebsstoffe im Regierungsbezirk ist teils durch starke Verspätung der Tankdampfer, teils durch die allgemein bekannten Verkehrsverhältnisse verursacht worden. Die die Verteilung im Bezirk bearbeitenden Dienststellen sind weder für die Verspätung in der Auslieferung der Freigabescheine noch für die unzureichenden freigegebenen Mengen verantwortlich zu machen. Es wird wie bisher auch weiterhin versucht werden, den Anforderungen der Industrie möglichst zu entsprechen.

Hamm, den 24. Januar 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:

J. A.: v. Winterfeld.

Amt Unna-Kamen.

Haferlieferung.

Die Haferlieferungspflichtigen des Amtsbezirks mache ich erneut darauf aufmerksam, daß nach einer Anordnung des Kommunalverbandes Hamm-Land das den einzelnen Erzeugern auferlegte Lieferungssoll bis zum **1. Februar 1920** restlos zu erfüllen ist.

Den Säumigen kann ich nur den Rat geben, schleunigst abzuliefern, da nach Ablauf dieses Termins die Beschlagnahme rücksichtslos durchgeführt und das Strafverfahren eingeleitet werden wird.

Jeder Einspruch ist aussichtslos, da auch die höhere Behörde meinen Antrag auf Herabsetzung des Lieferungssolls des Amtes abgelehnt hat und ließe es sich nicht rechtfertigen, wenn ich die ausfallenden Mengen auf andere Erzeuger umlegen würde, die dann für die Säumigen mitliefern müßten.

Bei der Unterverteilung ist keineswegs schematisch vorgegangen, sondern auf die Leistungsfähigkeit der einzelnen Gemeinden und auch jedes einzelnen Betriebes Rücksicht genommen worden.

Unna, den 28. Januar 1920.

Der Amtmann: Lehmhaus.

Tinten

zu haben in der

Buchdruckerei der Kamener Zeitung.

Am 27. Januar einen

Kohlenschein

(von Schacht Grillo) auf dem Zechenplatze gefunden, lautend über 1,10 Tonnen. Abzuholen 359 **Hohendahlstr. 4.**

Die

Aussage

gegen die Hebamme **Fischer** erhalte ich aufrecht. 376

Frau Kalle,

Bergkamen.

Amt Unna-Kamen.

Aufruf!

Die Reichsregierung hat dem einstimmigen Beschluß der Nationalversammlung auf Linderung der Hungersnot in Deutschösterreich, insbesondere der Stadt Wien, trotz der eigenen Notlage in Deutschland Rechnung getragen und die notwendigsten Mehlmengen den Stammesbrüdern zur Verfügung gestellt.

Wie es in diesen Gebieten aussieht und welche Opfer die dort herrschende Hungersnot schon gefordert hat, haben uns die Zeitungen schon wiederholt wissen lassen, weshalb der Schritt der Regierung nur anerkannt werden kann.

Die aus Anlaß dieser Hilfsaktion aufgewendeten Mehlmengen müssen nach dem Beschlusse der Nationalversammlung wieder eingespart werden, und zwar wird dieses bezüglich der Versorgungsberechtigten noch besonders geregelt werden. Dabei ist als selbstverständlich vorausgesetzt worden, daß die Selbstversorger sich von dieser Hilfsaktion zu Gunsten der deutschen Brüder in Oesterreich nicht werden ausschließen wollen, daß sie vielmehr von der ihnen zustehenden Ration eine bestimmte Getreidemenge in Natur — Körner — (mindestens ½ Pfund pro Kopf) zur Ablieferung bringen.

An die Selbstversorger des Amtsbezirks ergeht daher meine dringende Bitte, den auf sie entfallenden Teil bis spätestens zum 1. Februar 1920 an die nachbenannten Sammelstellen abzuliefern.

Gemeinde Afferde beim Gemeinde-Vorsteher Lindemann,
Gemeinde Heeren-Werve Abholung durch den Gemeindediener,
Gemeinde Hemmerde beim Gemeindevorsteher Grube,
Gemeinde Lünern beim Kaufmann Friedrich Bleidick,
Gemeinde Massen beim Wirt Friedr. Markmann,
Gemeinde Methler beim Gastwirt Heinrich Budde,
Gemeinde Mühlhausen beim Gemeinde-Vorsteher Däing,
Gemeinde Niederaden bei der Wirtin Wwe. Weber,
Gemeinde Oberaden beim Müller Albert,
Gemeinde Siddinghausen beim Gemeinde-Vorsteher Düllmann,
Gemeinde Stockum beim Kolonialwarenhändler Karl Dreischer,
Gemeinde Südkamen beim Wirt Friedrich Düselshöft,
Gemeinde Uelzen beim Gemeinde-Vorsteher Holtmann,
Gemeinde Wasserkurl beim Gemeindevorsteher Hugo,
Gemeinde Weddinghofen beim Kleinhändler Dickmann,
Gemeinde Westhemmerde beim Gemeinde-Vorsteher Schulze-Bräinghausen,
Gemeinde Westick beim Landwirt Wilh. Koch

Ueber die abgelieferten Mengen werden von der Sammelstelle Empfangsbescheinigungen ausgestellt werden, die die Selbstversorger dann bei der Ausstellung der nächsten Mahlkarten vorlegen müssen.

Ich bitte dringend darum, den festgesetzten Termin zur Ablieferung innezuhalten.

Unna, den 19. Januar 1920.

Der Amtmann: Lehmhaus.

Bekanntmachung.

Reichsgesetzliche Unfallversicherung der Kraftwagenführer, Kutscher, Bootsleute und der Hilfspersonals, wie Wagenwäscher, Pferdepfleger, Dienstboten usw.

sen, daß sie auf Grund der Reichsversicherungsordnung verpflichtet sind, ihre Angestellten zur reichsgesetzlichen Unfallversicherung anzumelden. Es handelt sich hier um solche Fahrzeug- und Reittierhaltungen, die nicht als Bestandteil eines landwirtschaftlichen oder industriellen Betriebes bereits bei der landwirtschaftlichen oder einer gewerblichen Berufsgenossenschaft versichert sind. Neben den reinen Privatfahrzeug- und Reittierhaltungen kommen hiernach die Kraftwagen-, Fuhrwerks- und Reittierhaltungen der Aerzte, Tierärzte, Geistlichen, Amtspersonen, sowie der verschiedenen Kleingewerbetreibenden (Pferde-, Vieh-, Kohlen-, Milchhändler, Bäcker usw.) in Betracht, deren Gewerbe über den Umfang des Kleinbetriebes nicht hinausgeht und die deshalb nicht Mitglied einer gewerblichen Berufsgenossenschaft sind. Ferner sind versicherungspflichtig die Kraftwagen- und Gespannhaltungen der Gemeinden und Kommunalverbände, soweit die Fahrzeuge nicht in versicherungspflichtigen gewerblichen Betrieben oder zu Lohnfuhren verwendet werden. Ebenso unterliegen die Fahrzeughaltungen gemeinnütziger Unternehmungen (Vereine, Stiftungen und dergl.) der Versicherungspflicht. Für die Zwangsunfallversicherung aller bei derartigen Fahrzeug- und Reittierbetrieben beschäftigten Personen ist die Berufsgenossenschaft Nr. 68 (Versicherungsgenossenschaft der Privatfahrzeug- und Reittierbesitzer Berlin NW. 11, Kleinbeerenstraße 25) zuständig. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß nicht etwa nur die ständig beschäftigten Kraftwagenführer, Kutscher, Bootsleute, sondern auch solche Personen der Versicherungspflicht unterliegen, die nur lose und wenig Arbeitsleistungen an den Wagen oder bei den Pferden verrichten, wie z. B. Wagenwäscher, Kurbeljungen, Putzer, Pferdepfleger, Mitfahrer, Dienstboten usw.

Da die unterlassene oder nicht rechtzeitig erfolgte Anmeldung derartiger versicherungspflichtiger Fahrzeug- und Reittierhaltungen mit empfindlichen Geldstrafen geahndet werden kann, so liegt es im eigensten Interesse der Besitzer von Fahrzeugen und Reittieren usw., die Anmeldung unverzüglich zu bewirken. Diese hat bei der Gemeindebehörde des Wohnortes (Amtmann, Bürgermeister) zu erfolgen.